

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

**Rede von Stanislaw Tillich,
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen,
anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
am 11. Juni 2015 in Dresden**

Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Maly,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Nahles,
sehr geehrte Kollegen aus den Parlamenten,
sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Dr. Lohse,
sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,
sehr geehrte Gäste,
meine Damen und Herren,

Herzlich willkommen im Freistaat Sachsen und schön, dass Sie in diesem Jahr in Dresden tagen!

Denn es ist ein kommunalpolitisch historisches Jahr für Sachsen: Vor 25 Jahren, am 1. April 1990, wurde der Sächsische Städte- und Gemeindetag hier in Dresden gegründet.

Gegründet noch bevor die frei gewählte Volkskammer, deren Mitglied ich war, am 17. Mai das Gesetz über die Kommunalverfassung verabschiedete.

Der Freistaat Sachsen wurde gar erst am 3. Oktober 1990 wiedergegründet.

Das nennt man gelebte kommunale Selbstverwaltung. Seit 25 Jahren pflegen Freistaat und Kommunen eine gute Partnerschaft. Sie ist auch notwendig angesichts des Erbes, welches wir nach 40 Jahren SED-Misswirtschaft angetreten haben.

Sie kennen es: graue, bröckelnde Fassaden,
verschmutzte Luft, tote Flüsse,
zusammenbrechende Unternehmen,
Massenarbeitslosigkeit – so sah unsere Heimat damals aus.

Wer das vor Augen hat und Dresden heute sieht, dem ist sofort klar: Damals war das Gefälle zwischen den Städten in Ost und West viel größer als heute.

Es stimmt: Heute müssen sich Bürgermeister mit der Digitalisierung auseinandersetzen, sich um das Image ihrer Stadt kümmern und

dafür sorgen, dass Asylbewerber und Flüchtlinge menschenwürdig aufgenommen und nach Möglichkeit integriert werden.

Dennoch würde ich sagen: Damals, Anfang der 90er Jahre, waren die Herausforderungen für die Kommunalpolitiker größer als heute. Und was sie in Sachsen und Ostdeutschland geschafft haben, das verdient allen Respekt, Dank und Achtung.

Dank sage ich aber auch für die Solidarität, die finanzielle wie die immaterielle, die uns geholfen hat, die Herausforderungen der damaligen Zeit so gut zu meistern.

Unsere Städte sind heute die Orte, an denen unsere Demokratie von vielen Akteuren mit großem Engagement gelebt wird.

Sächsische Kommunalpolitiker haben viel Unterstützung von Partnerstädten in Westdeutschland bekommen. Unsere sächsischen Städte sind heute ihren Bürgern eine gute Heimat, die auch in unübersichtlichen Zeiten Geborgenheit gibt.

Aber auch wenn das *West-Ost*-Gefälle seit damals kleiner geworden ist: Zwischen den wirtschaftlich starken Städten und jenen, die als strukturschwach gelten, wächst der Abstand.

Das steht dieses Jahr im Mittelpunkt Ihrer Hauptversammlung.

Vor allem aber geht es darum, dass die Städte und Gemeinden Gestaltungsspielraum brauchen, um mit den Herausforderungen der Gegenwart fertig zu werden, zum Beispiel bei Demografie, Digitalisierung und Integration.

An allen diesen Themen sind die Kommunen „am nächsten dran“.

Wie viel sie gestalten können, hängt auch davon ab, wie sie von Bund und Land unterstützt werden. Uns in Sachsen ist deshalb seit jeher wichtig, dass die Kommunen und der Freistaat an einem Strang ziehen. Ohne starke Kommunen gibt es keinen starken Freistaat Sachsen.

Unser gemeinsames Anliegen ist es daher, die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit weiter zu stärken.

Der Freistaat hat 2008 eine Gebiets- und Verwaltungsreform durchgeführt, um die Strukturen des Landes im Hinblick auf die demografische Entwicklung fit für die Zukunft zu machen.

Ein „Förderprogramm Demografie“ ermöglicht kommunale Projekte, mit denen der demografische Wandel gestaltet wird.

Auch beim Zukunftsthema Digitalisierung arbeiten wir eng zusammen. 4 von 10 sächsischen Landkreisen haben bereits die flächendeckende Erschließung mit schnellem Internet bewältigt.

Und: Beim Geld hört die Partnerschaft nicht auf: Der Gleichmäßigkeitsgrundsatz sorgt seit 20 Jahren für eine faire Verteilung von staatlichen und kommunalen Einnahmen, beide Ebenen achten auf Haushaltsdisziplin.

Ob beim Kita-Ausbau, bei der Unterbringung von Asylbewerbern oder nun beim kommenden Kommunal-Invest-Programm: wir sorgen dafür, dass das Geld des Bundes bei den sächsischen Kommunen ankommt.

Darüber hinaus haben wir mittels einer Bundesratsinitiative in 2013 erreicht, dass bei kommunalen Gebietszusammenschlüssen keine Grunderwerbsteuer anfällt, und damit ein Hindernis bei Gemeindefusionen beseitigt.

Unlängst wurde das Kommunal-Investitionsgesetz beraten. Dabei gelang es uns, den Investitionsbegriff zu erweitern wurde, etwa um die Branchen-Revitalisierung.

Auch unternehmerische Investitionen sind für die Kommunen wichtig, um ihre Wirtschaftskraft zu stärken. Deshalb unterstützt der Freistaat auch heute noch die Ansiedlung von Unternehmen.

Dadurch ist es uns gelungen, die Lücke bei der Wirtschaftskraft ein Stück weit zu schließen. Doch auch alle anderen Kommunen in Deutschland haben sich gut entwickelt. Das heißt die Lücke bei der Finanzkraft ist nicht viel kleiner geworden.

Ostdeutschland hat etwa 75% der westdeutschen Wirtschaftskraft, aber nur gut 50% der westdeutschen Steuerkraft. Das liegt zu einem großen Teil an unserem progressiven Steuersystem.

Dass diese Lücke zwischen Wirtschafts- und Steuerkraft und damit bei den Einnahmen geschlossen wird, darum geht es bei den laufenden Verhandlungen zur Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern.

Dabei haben wir auch die Interessen der Kommunen im Blick. Länder *und* Kommunen müssen beide gut ausgestattet sein, um ihre Aufgaben gut erfüllen zu können.

Manche sagen zur Neuordnung der Bund-Länder Finanzen:

Wenn der Solidarpakt II ausgelaufen ist, dann ist doch im Bundeshaushalt Geld frei, mit dem endlich die strukturschwachen Kommunen in Westdeutschland gefördert werden können, weil es dann keine Förderung nach Himmelsrichtung mehr gibt.

Doch: Es gibt schon jetzt keine Förderung nach Himmelsrichtung, man denke an die GRW- und die Städtebauförderung. Ostdeutschland wird deshalb überproportional gefördert, weil es *flächendeckend* strukturschwach ist, nicht, weil es im Osten liegt.

Aktuell ist das Kommunal-Investitionsgesetz in der Diskussion. Als Verteilungsschlüssel werden dabei nicht die Sozialausgaben, die Steuerkraft oder die Einwohnerzahl genommen. Nach Einwohnerzahl würde Sachsen 5% der Mittel bekommen, nach Königsteiner Schlüssel 5,1%, nach dem KPfII-Schlüssel sogar 6% - es sind aber 4,5%.

Richtig ist: Der Bund muss für die Strukturschwachen in Ost und West mehr tun. Nur so wird das Gefälle geringer, nur so gewinnen alle Städte Handlungsfähigkeit und Entwicklungschancen.

Bisher ist dafür noch keine ausreichende Lösung gefunden worden. Die föderalen Finanzbeziehungen und deren Reform werden uns weiter intensiv beschäftigen.

Das heißt: Das Thema Ihrer Jahreshauptversammlung bleibt noch eine ganze Weile aktuell.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie wichtig wir in Sachsen die Kommunalpolitik in den Städten nehmen,
das konnte man am Sonntag bei der Oberbürgermeisterwahl hier in Dresden sehen.

Da traten zwei amtierende Minister der Regierungskoalition gegeneinander an und haben versucht, die Dresdner von ihrer Vision für diese großartige Stadt zu überzeugen.

Zur Wahrheit gehört leider auch:

Andernorts ist es deutlich schwieriger, engagierte Leute als Kommunalpolitiker zu gewinnen. Bei der Kommunalwahl am Sonntag gab es sogar Orte mit nur einem einzigen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters. Auch da gibt es ein Gefälle, gegen das wir arbeiten müssen.

Wer künftig im Dresdner Rathaus die Verantwortung übernimmt, entscheidet sich erst im zweiten Wahlgang Anfang Juli.

In den letzten sieben Jahren hat sich hier in Dresden dieser Aufgabe Helma Orosz in hervorragender Weise gestellt.

Ich möchte, da sie heute auch in Ihrem Kreis verabschiedet wird, die Gelegenheit nutzen und Ihr dafür ganz herzlich danken.

Dresden ist heute nicht nur Geburtenhauptstadt, sondern auch Stadt von Kunst und Wissenschaft, florierender Wirtschaft und gebauter Schönheit.

Nicht nur Touristen, auch Unternehmer und Spitzenwissenschaftler kommen hierher, weil sie die Stadt faszinierend und inspirierend

finden. Das geht Ihnen hoffentlich genauso, wenn Sie darüber diskutieren, wie die Zukunft der Kommunen gestaltet werden kann.

Ich wünsche Ihnen ertragreiche Gespräche und Diskussionen, eine gute Zeit in Dresden, und für Ihre wichtige Arbeit weiterhin viel Erfolg!